

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Grabstr. 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647.

Nummer 29

Berlin, den 18. Juli 1931

6. Jahrgang

17. ordentlicher Verbandstag in München

Bereits in der Nummer 28 ist ein Teilbericht vom Verbandstag enthalten. In dieser und in den kommenden Nummern wird weiter über den Verbandstag berichtet.

Nach dem sehr ausführlichen Referat des Kollegen Brey über die Tätigkeit des Vorstandes berichtet Kollege Grünzel, Charlottenburg, über den Keramischen Bund. Er stimmt den Darlegungen des Kollegen Brey zu und behandelt dann die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse der Gruppen Grobkeramik, Glas und Feinkeramik und kennzeichnet die katastrophale Arbeitslosigkeit dieser Branchen. Am härtesten sind die Ziegler betroffen, die in Ostpreußen bis zu 90 Prozent arbeitslos sind, dabei sind noch keine Ausschichten auf baldige Besserung vorhanden. Glas und Porzellan sind in Mitteleuropa gezeugt, weil die Leute diese Produkte nicht kaufen können und weil der Export stark zurückgegangen ist. Die Tarife der Bundesbranchen konnten zum größten Teil gehalten und die Rechte der Arbeiterschaft gesichert werden.

Unseren Bemühungen gelang es, in der Berichtszeit für die Porzellanarbeiter den sozialpolitischen Vorteil der Anerkennung der Staublung als entschuldigende Berufskrankheit zu erreichen. Rentnarbeiter wurden unter den 7 der Arbeitszeitverordnung gestellt und erreichten damit einen Teil ihrer gestellten Ziele. Die Bestrebungen der Tafelglasarbeiter zum 4-Schichten-System hatten soweit Erfolg, daß das Internationale Arbeitsamt sich schon damit befaßt.

Die Zusammenarbeit mit dem Hauptvorstand war bisher eine ausgereichete, die Hoffnungen in dieser Richtung erfüllten sich also. Glasarbeiter und Porzellanarbeiter fühlen sich wohl im Fabrikarbeiterverband, das bestätigte ich vor zwei Jahren dem ADGW. und trifft auch heute noch zu. Der Bundestag wurde aus Sparmaßregeln nicht abgehalten, das möge berücksichtigt und verstanden werden. Es lag im Interesse der Organisation. Wir haben das Vertrauen zum Hauptvorstand und zum Verband, daß auch die Angelegenheiten des Keramischen Bundes so erledigt werden, wie das für den Verband dienlich ist.

In den gestellten Anträgen auf Zusammenlegung muß gesagt werden: Nicht nur Recht, sondern Pflicht der Mitglieder ist es, sich um den Ausbau der Organisation Gedanken zu machen. Alle Antragsteller gehen von falschen Voraussetzungen aus, weil sie die Vorgeschichte der Vernehmlichung nicht kennen, weil sie daneben von der Zusammenlegung sich Vorteile versprochen, die nie eintreten können. Glasarbeiter und Porzellanarbeiter haben im Jahre 1905 mit Vernehmlichungsbesprechungen begonnen, erst 1928 kam der Erfolg. Gleiche lange Zeit haben die Dachdecker und andere gebraucht, um zum Ziel zu kommen. Der Sitz des Bundes in Berlin war notwendig, weil mit einer Ausnahme unsere Unternehmerorganisationen in Berlin ebenfalls in Berlin sitzen. Unsere Reichstaxtarife erfordern sehr viel Besprechungen mit den Unternehmerorganisationen und dem Reichsarbeitsministerium. Die Annahme der Anträge würde Vertrauen zerstören. Die Gesamtorganisation braucht das Vertrauen. Wir müssen danach trachten, noch weitere Anschläge zu erreichen. Heute bestehen noch 31 Verbände. Weitere Konzentration ist notwendig. Wenn wir daran festhalten wollen, dürfen wir kein Vertrauen zerstören. Hauptvorstand und Bundesleitung haben gemeinsam beraten und in einer Entschließung ihre Stellung niedergelegt. Wir sind ständig bemüht, weitere Ersparnisse zu erlangen. Ich bitte, dieser Entschließung zuzustimmen und die anderen gestellten Anträge zurückzuziehen. Wir haben zum Gesamtvorstand volles Vertrauen, wir würden uns sehr freuen, wenn der Hauptvorstand nach Berlin käme, haben Sie auch das gleiche Vertrauen zu uns.

Kollege Köhler, unser Finanzminister, unterrichtete den Verbandstag über die Verhältnisse der Hauptkasse. Die Kassenlage in den letzten drei Jahren war sehr unterschiedlich. 1928 und 1929 brachten uns eine Vermögensmehrung von 8 Millionen Mark, im Jahre 1930 konnte diese Vermehrung nicht fortgesetzt werden, 1931 ist es noch ungünstiger geworden. Das Vermögen des Verbandes betrug am Schluss des Jahres 1930 14.260.920,30 Mark. Die Beitragsentnahmen sind infolge der Arbeitslosigkeit stark zurückgegangen und haben sich auch nicht sehr in der besten Jahreszeit, im Sommer, gebessert. Seit der Stabilisierung wurden über 30 Millionen Unterstufungen ausbezahlt. Ohne den Widerstand des Verbandes und ohne unsere Unterstützung wäre der Lohnabbau noch viel beträchtlicher. Die Gewerkschaften trugen aber auch zur Linderung der Wirtschaftskrise bei. Unsere Mitgliederzahl betrug am Jahresbeginn 411.427, die Krise brachte einen Verlust von rund 10 Prozent. Das ist eine günstige Ziffer. Die Beitragsleistung war auch zufriedenstellend. Die Einnahmen reichen aber nicht mehr aus, die gestiegenen Ausgaben zu decken. Im Jahre 1930 hatten die Einnahmen eine Höhe von 21.636.000 Mark. Bei den Lokalkassen liegen die Verhältnisse ähnlich wie bei der Hauptkasse. Köhler gibt dann noch eine Spezialübersicht über einige wichtige Posten, wie sie im Jahrbuch nachgesehen werden können.

Köhler spricht dann zu den Anträgen, die dem Verbandstag vorliegen und die Kassenverhältnisse betreffen und findet dazu die richtigen Worte, die Delegierten von den Forderungen des Verbandsvorstandes zu überzeugen. Auch haben sich einige Zahlstellen schon bereit erklärt, über zu bringen, um die Verbandskasse zu entlasten, konnte Köhler bekannt geben.

Nach dem Kollegen Köhler berichten die beiden Redakteure, die Kollegen Prüll und Henninger, von ihrer Tätigkeit. Sie behandelten die redaktionellen Notwendigkeiten über die Änderungen, die im Laufe der Zeit notwendig waren, und die alle Mitglieder wöchentlich zu Gesicht bekommen, und wiesen auf die Dinge hin, die im Interesse der Organisation notwendig und nützlich sind. Zu den gestellten Anträgen auf Zusammenlegung

der Zeitungen liegt dem Verbandstag eine Resolution vor, in der zum Ausdruck kommt, daß im Laufe der Zeit in Verhandlungen verhandelt werden soll, die gewünschten Sparmaßnahmen durchzuführen, ohne die Interessen des Verbandes zu schädigen und das Vertrauen zu stören. Die Entschließung wird zur Annahme empfohlen.

Kollege Wengert berichtet über die Tätigkeit des Verbandsauschusses. Dieser hatte sich mit 200 Angelegenheiten zu befassen. Die Hälfte davon waren Ausschlußangelegenheiten wegen verbandsschädigendem Verhalten. Die verwirrten Zeitverhältnisse üben ihre Wirkung aus, sie bringen die Helfer untereinander und die Mitglieder und dem Verband Schaden. Die Flut der Ausschüsse wuchs und ist darauf zurückzuführen, daß die Menschen jenseits zum Teil den Halt verlieren und den Maulschelden und Kuppeln anheim fallen. Der Verbandsauschluß ist das Schlimmste und Ehrloseste, was einem Arbeiter passieren kann. Die Anträge gegen die Organisation können nicht gebildet werden, diese muß vor schädlichen Elementen geschützt werden. Diese Pflicht hatte der Verbandsauschluß durchzuführen ohne Rücksicht auf die Personen.

In vielen anderen Sachen wurde ein Vergleichsjahr gefunden, einige Angelegenheiten muß allerdings der Verbandstag noch erledigen.

Nach diesen Berichten erfolgt

Die Aussprache

und die Begründung der zu den Tätigkeitsberichten vorliegenden Anträge. Die Diskussion wird eröffnet von

Vassilmer-Wittenberg, der die Meinung der Opposition kund gibt, man kann aber nicht sagen, daß er neue Ideen vorbringt, er hält seine Rede nicht einmal in echt kommunistischer Art. Contenus-Hannover spricht zu den von der Zahlstelle gestellten Anträgen auf Zusammenlegung des Keramischen Bundes mit dem Verbandsvorstand in Hannover und zum „Betriebsrat“. Müller-Berlin wendet sich gegen einige Bemerkungen Köhlers und bringt Wünsche vor, um deren Verwirklichung er bittet. Er unterstützt auch das Foktieren der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei. Wahlbusch-Osnabrück stimmt auch zu, daß die Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei den Kampf der Arbeiterschaft gemeinsam führen und spricht für die gestellten Anträge seiner Zahlstelle. Ostermeier-Frankfurt a. M. meint, der ADGW. hätte schärfer Sturm gegen den Lohnabbau entfachen sollen. Die 40-Stundenwoche bringt nicht die Vorteile, die von ihrer Einführung erwartet werden. Er wendet sich auch gegen die Kürzung der Lokalkassenprozente und wünscht die Zusammenlegung der Zahlstellen Frankfurt und Höchst. Lüdtke-Stralsund erinnert an das Wort Carl Marx, die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Er tritt auch für die von seiner Zahlstelle gestellten Anträge ein. Hall-Stuttgart spricht für die Zusammenlegung der Zeitung und polemisiert gegen die Ausführungen Grünzels, außerdem spricht er für die Anträge Stuttgarts. Lange-Weiskammer gibt zu, daß der Verbandsvorstand richtig gehandelt hat, spricht seine Genugtuung dafür aus und tritt für eine Verwirklichung in der Sache der Lokalkassenverbände ein. Bei den Zeitungen muß nachgeprüft werden, ob nicht Ersparungen noch in anderer Weise möglich sind. Solange die ADGW. und ihre Zeitungen die Gewerkschaften beschimpfen und Lügen verbreiten, müssen die Verbandsorgane dagegen Stellung nehmen. Der Weg, den die Gewerkschaften gingen, war der einzig richtige. Nicker-Heidenau ist auch für die Zusammenlegung der Verbandsorgane aus Sparmaßregelngründen. Bei einem Streik in Heidenau stellten sich Hakenkreuz und Sowjetstern Hand in Hand als Streikbrecher zur Verfügung. Apel-Salungen meint, in der Zeitung müsse man bei Auslassungen religiöser Art sehr vorsichtig sein. Der Unterhaltungsstil der Zeitung muß mehr ausgebaut werden. Auch die Mitgliedschaft von Salungen ist für Zusammenlegung des Keramischen Bundes mit dem Hauptvorstand. Ullrich-Hauptvorstand spricht zu den Anträgen, die zum „Betriebsrat“ gestellt sind. Im Sinne des Antrages Hannover ist bisher schon verfahren worden. Aktuelle Fragen des Arbeitsrechts sind neben den Entscheidungen in neun Nummern des Jahrgangs 1930 behandelt, dasselbe ist in vier Nummern des „Betriebsrats“ in diesem Jahr geschehen. Ein weiterer Ausbau hängt von der finanziellen Lage des Verbandes ab. Den zweiten Teil des Antrags Wiesdorf werden wir Rechnung tragen. Ich bitte, beide Anträge dem Vorstand zur Verwirklichung zu überweisen. Partwig-Köln: Unter Verband hat in seiner Zusammenlegung bewiesen, daß er die Krise zu überstehen vermag. Den Verhältnissen muß in finanzieller Hinsicht Rechnung getragen werden. Unser Fundament ist gut. Neue Sicherungen schaffen, ist eine Notwendigkeit. Köln ist bereit, dem Verband zu helfen, es soll aber kein Bankrott sein. Alle müssen Opfer bringen, weil das gegenwärtig notwendig ist. Schneider-Erfurt legt, in den Vorstandskonferenzen konnte Vassilmer keine anderen Vorschläge als die anderen machen, dort führt er das große Wort. Der Zusammenschlußvertrag von 1926 müßte jetzt revidiert werden. Die vorgelegte Entschließung sollte geändert werden. Kollege Brunns-Frankfurt: Das Zusammenarbeiten der Gauleitungen mit dem Vorstand war stets gut, es ist Gemeinschaftsarbeit geleistet worden. Die Anträge der Zusammenlegung der Zeitungen kommen aus den Zahlstellen, das sollte beachtet werden. Die Frage darf nicht Differenzfrage bleiben, wir müssen versuchen, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Mich bewegt noch die Sorge, was mit den Zahlstellen wird, die heute schon nicht mit ihren Mitteln auskommen. Hier muß geholfen werden. Die Kollegen draußen können das nicht für die Dauer ertragen, deshalb ist es notwendig, daß den Zahlstellen vom Hauptvorstand Begehrungen wird.

Dienstag, den 7. Juli 1931

Zweiter Verhandlungstag

Jeder eröffnet die Sitzung.

Er macht bekannt, daß in der Nacht zum Dienstag Nationalsozialisten die schwarz-rot-goldene Fahne herunterholten und nahen. Der Diebstahl und Macheakt ist bezeichnend für München. Die Reichsfarben sind in München ungeschützt. Ob das Skandal für München ist muß bezweifelt werden. Die Polizei ist von dem Vorkommnis verständigt worden.

Der Verbandstag quittierte diese niederträchtige Handlung mit einem Psi.

Nach dieser Mitteilung gibt Kollege Pappes-Freiburg erst den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Diese stellte fest, daß 229 Mandate abgegeben waren. 161 Kollegen und 4 Kolleginnen sind Delegierte, 16 Hauptvorstandsmitglieder sind vertreten, 10 Mitglieder von der Keramischen Bundesleitung, 6 Agitationsleiter, 1 Vorsitzender des Ausschusses, je 1 Vorsitzender der Tarifämter und 26 Gauleiter. Drei Wahlproteste waren eingereicht worden. Alle vertretenen Mandate erklärt der Verbandstag einstimmig für gültig.

Zu den Wahlprotesten erklärte Kollege Thiemig vom Hauptvorstand, daß Angehörige anderer Gewerkschaftsrichtungen nicht als Delegierte auf dem Verbandstag vertreten sein können.

Fortsetzung der Diskussion

Majer-Aktioning macht darauf aufmerksam, daß die Opposition Kritik nur der Kritik wegen übt und keine sachlichen Vorschläge macht. Die Schulungszentren in Werniggen ist seiner Meinung nach zu kurz zur Uebermittlung von Wissen, aber die Kollegen die dort waren, kamen eifriger und zur Arbeit angeregt zurück.

Mehlauer-Neuberg weist darauf hin, daß die Weichnachtsunterstützung in Kollegenkreisen sehr erfreulich entgegengenommen worden ist. Mit der Zusammenlegung der Verbände- und Bundesleitung muß vorichtiger vorgegangen werden. Jedes Ding muß seine Zeit zur Entwicklung haben, er bittet deshalb die gestellten Anträge abzulehnen. Er wünscht die Linderung und Verringerung der Notverordnung, außerdem in der Zeitung arbeitsrechtliche Abhandlungen.

Müller-Hauptvorstand: Die Ausführungen der Oppositionsbredner erbrachten eigentlich den Beweis, daß der Vorstand richtig gehandelt hat. Der Vergleich mit dem langjahren oder plötzlichen Überfall ist nicht gut gewählt, es ist doch so, daß ein langjames Überfall schließlich zum Stoen gebracht werden kann, ein plötzlicher führt zum Tod. Die Haltung der Reichstagsfraktion war richtig. Die Zusammenlegung der beiden Zeitungen und damit der Zeitungen ist nicht so einfach zu lösen, wie das einige Diskussionsbredner zum Ausdruck brachten. Ein Mehrheitsbeschluß wäre verkehrt und nicht angebracht. Ich warne die Delegierten so zu verfahren, das läge nicht im Interesse des Fabrikarbeiterverbandes. Das sollte beachtet werden. Er tritt für die Annahme der Resolution des Hauptvorstandes und des Keramischen Bundes ein. Freiling-Genoa steht auf dem Standpunkt, daß die zeitweiligen Vernehmlichungsbesprechungen nicht für ewig gelten können und nicht mehr in dem Maße bestehen. Er hält den Zeitpunkt für eine engere Verschmelzung für gekommen, besonders tritt er für die Zusammenlegung der Zeitung ein. Lengwena-Tilfit ist der Ansicht, die Konzentrationsbestrebungen bedingen eine Zusammenlegung von Organisationsleitungen und spricht für die von Tilfit gestellten Anträge. Wagner-Weiden meint, in der Zeit der Not müßte den gestellten Anträgen auf Zusammenlegung des Hauptvorstandes und des Keramischen Bundes Rechnung getragen werden. Die Haltung und Stellungnahme unseres Bundes war richtig. Die russischen Verhältnisse können nicht antreiben, sich dafür einzusetzen. Die Demokratie ist ein Machtmittel der Arbeiterschaft, deshalb halten wir sie.

Prockers-Bunzlau redet zu Gesundheitschutz und Arbeitszeittagen. Es gibt noch 12-stündige Arbeitszeiten, dagegen müssen wir uns wehren.

Kämmer-Köln wünscht Einparungen und Berücksichtigung der schlechten Verhältnisse. Das muß der Verbandstag berücksichtigen, deshalb müssen auch die Zeitungen zusammengelegt werden. Der Verbandstag sollte das beschließen.

Schmidt-Hannover gibt den Antragstellern in Bezug auf die Invalidenversicherung (Herabsetzung des Alters) die Auskunft, daß gegenwärtig keine eine Herabsetzung durchgeführt werden kann, weil die Belastung zu groß wird. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes kann auch nicht eintreten, weil von der Unterstützung kein Mensch leben kann und die Leute weiter auf Arbeit angewiesen sind. Um eine Verbesserung zu erreichen, muß der Grad der Invalidität von 66% auf 50 Prozent herabgesetzt werden. Er bittet die bezüglichen Anträge dem ADGW. zu übermitteln, desgleichen auch andere allgemeine Anträge zu §§ 123 Abs. 8 und 8 und 133 h der GG.

Zu Anträgen zur Schule Werniggen werden vom Vorstand beachtet werden. Was bisher geleistet ist, ergibt, daß in den letzten fünf Jahren 73 Kurse mit 2576 Teilnehmern, darunter 174 Kolleginnen, stattgefunden haben.

Im Winter sollen sechs Angelegenheiten abgehalten werden. Auf eine Rundfrage haben 139 Angestellte die Kurze verlangt und begrüßt.

Die aufgeworfene Frage betreffs strafrechtlichen Schutzes der Arbeitskraft ist wichtig. Es muß aber erwartet werden, daß die §§ 120 a und b der Gewerbeordnung schon jetzt mehr beachtet und ausgenutzt werden.

Mahner-Dresden: Ein großer Teil unserer Mitglieder vermischt ihre Meinungen gegen die Nazis. Wir können die Leute

nicht unter uns dulden. Der Redner behandelt dann noch die Fragen, die in den Dresdener Anträgen aufgeführt sind. Die Mittel der Sozialisten der sog. reichen Zahlstellen sind nicht so reichlich und unbegrenzt und sollte dies berücksichtigt werden. Wandel-Sonnenberg hebt in der Debatte den Heimarbeiterschutz hervor und tritt dafür ein, daß die Notverordnung in diesem Punkte geändert werden muß. Schaner-Altenburg ist auch ein Befürworter der Zusammenlegung der Zeitungen.

Elllein, Hauptvorstand, will besseren Arbeiterschutz für die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden, Venerung der Notverordnung und Wiedereinreihen in die Arbeitslosenversicherung. Alle weiteren geplanten Verschlechterungen, die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden auch in der Krankenversicherung schlechter zu stellen, muß schärfster Widerstand entgegengekehrt werden.

Fischer-Merxleben wünscht ein Einheitsorgan und polemisiert mit schlagkräftigen Argumenten gegen die Opposition. Er gibt dazu folgende Erklärung ab:

Auf dem Verbandstag in Hamburg spielte ein Flugblatt eine Rolle, das zu Gunsten meiner Kandidatur herausgegeben war. In diesem Flugblatt wurden eine Anzahl Vorwürfe gegen den Verband erhoben.

Es handelte sich um Gemeinheiten, die ich damals schon abgelehnt habe. Das Flugblatt wurde ohne mein Zutun und gegen meinen Willen geschrieben und herausgegeben. Durch dieses Flugblatt und in der darauffolgenden Entwicklung der kommunistischen Partei im Herbst 1928 und im Januar 1929 wurde mir offenbar, daß es der KPD nicht darum zu tun war, die Organisation innerlich zu stärken und die freien Gewerkschaften zu fördern, sondern daß man bewußt, absichtlich und systematisch die Spaltung und Zerstörung der freien Gewerkschaften will. Gegen dieses Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse habe ich von dem Augenblick an, wo es für mich sichtbar wurde, wo ich das erkannte, den schärfsten Kampf geführt.

Ich freue mich, daß ich nach drei Jahren die Gelegenheit habe, vor dem höchsten Plenum, dem Verbandstag, diese Erklärung abgeben zu können. Ich werde immer und stets dieses große Verbrechen an der Arbeiterklasse anprangern und bekämpfen. Ich bin immer bereit mitzuarbeiten und zu streben für die große Einheit und Geschlossenheit des Verbandes und der freien Gewerkschaften.

Kohl, Gauleitung Berlin, begründet einen Ergänzungsantrag zur Resolution des Hauptvorstandes und des Keramischen Bundes.

Martin-Gera warnt vor einer Sparmaßnahme, die das Werk ein ungünstiges Licht auf den Verband und führe zu falschen Schlussfolgerungen und bittet, von einem Unterstützungsabbau abzujehen. Wir sollten uns mehr gegen die Stahlhelmorganisation und Stahlhelmselbsthilfe wenden. Müller-Zeitun weist darauf hin, in der Zusammenlegung der Zeitungen müsse vorsichtig vorgegangen werden. Die Tätigkeit des Hauptvorstandes war richtig und kann gutgehen werden. Meier-Gibing bringt Zeitungsangelegenheit zur Sprache und meint, die Gewerkschaften und die Partei hätte 1930 bei den politischen Entscheidungen anders handeln sollen, dann wäre manches Unangenehme vermieden worden. Die Zeitungen sollten zusammengelegt werden.

Behr-Goslar vermischt in dem Vorstandsbericht Angaben über das Aufhalten der Mitgliederzahl, er wünscht auch Aufschluß über die Wirkung der Werbeaktion mit dem Film, er hält den Film für ein sehr gutes Werbemittel. Protest gegen die Notverordnung muß ausgesprochen werden. Damit ist die sachlich gehaltene von großem Ernst und Aufrichtigkeit erfüllte rege Aussprache verantwortungsbewußter Gewerkschaftsfunktionäre beendet.

In der Sachmittlagung werden die Schlussworte gehalten.

Menninger, „Keramischer Bund“, gibt seiner Freude Ausdruck, daß seine Arbeit im allgemeinen vom Verbandstag anerkannt wurde und bittet um die Unterstützung und Mithilfe der Kollegen bei der weiteren Ausgestaltung des Verbandsorgans.

Prüll, „Proletarier“, nimmt zu den Ausführungen einiger Diskussionsredner Stellung und gibt Aufklärung, warum dieses und jenes im „Proletarier“ sein muß.

Müller-Hannover weist darauf hin, daß er von einigen Rednern in einer Sache mißverstanden worden ist. In der Verschmelzung von Zahlstellen muß die Verständigung gesucht werden, mit Zwangsbeschlüssen kann man das nicht erreichen. Wichtigste Zahlen für das erste Halbjahr 1931 liegen noch nicht vor, deshalb kann ich auch keine näheren Angaben machen. Die veröffentlichten Zahlen in einer kommunistischen Zeitung können nicht unwiderprochen bleiben. Unser Jahrbuch ist ein öffentlich im Buchhandel erscheinendes Werk und wenn die „Naz“ die Zahlen fälscht, so kennzeichnet das Blatt nur seinen Charakter.

Die Aufwendungen für Gehälter betragen 1,8 Prozent der Einnahmen im Jahre 1930 und noch nicht den achten Teil von dem, was die „Naz“ angibt und zusammenlügt. Die Streifenrechnung ist von der gesamten Zeitung auch auf rund ein Zehntel der tatsächlichen Ziffer angegeben. Dagegen wendet sich Köppler gegen die Angabe der „Naz“, der Fabrikarbeiterverband sei Hauptaktionär bei den „F. G. Farben“.

Großaktionäre der F. G. Farben können wir nicht sein, denn deren Aktienkapital beträgt 1 Milliarde Mark, während unser Verband insgesamt nur ein Vermögen von über 14 Millionen Mark besitzt. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Willi Münzenberg sei ja auch aber persönlich F. G. Farbenaktionär, darüber schreiben die kommunistischen Zeitungen aber nichts.

Der Zweck der Beschlüsse ist zu verleumden und zu hängen und für die KPD zu werden. Diese kann nie das aufweisen, was unsere Organisation zu leisten vermag. Die „Naz“-Mittelungen sind falsch, das muß immer wieder zum Ausdruck gebracht werden. Köppler bittet, die vom Hauptvorstand gestellten Anträge anzunehmen, weil damit die Seriosität gegeben wird, den Verband über die Schwierigkeiten hinweg zu bringen.

Grünzel-Berlin (Keramischer Bund) wendet sich gegen eine Anzahl Diskussionsredner. Er führt aus:

Ihr Verfall gestern gab mir den Eindruck, daß ich mich nicht nur auf meine Bitte um Vertrauen, sondern auch auf meine sonstigen Ausführungen bezog. Die Debatte hat mich anders belehrt. Hätte ich das Protokoll des Verbandstages der Glasarbeiter hier, könnte ich ihnen manche Ausführungen wieder geben, die mir entgegengefallen sind als ich um Vertrauen zum Fabrikarbeiterverband war. Von der Handlung hat hier nie, es sei außer mir gesprochen, ein Zeichen unserer Einmütigkeit in der Bundesstrategie. Die Diskussion über und auf unsere Gründe für den Bestand des Verbandes überhaupt nicht eingegangen. Aus der Debatte zum Sachantrag wurde eine einzige Anklage gegen den Verband. Die Schwärzungen bei der Zusammenlegung von Zahlstellen im alten Verbandskomitee wählten eigentlich das Verständnis für den Bund werden. Ich habe gebeten, den Blick auf die Zukunft zu lenken, niemand ging darauf ein. Not ist immer ein schlechter Berater, deshalb dürfen wir jetzt nicht Beschlüsse fassen, die die Organisation für die Zukunft festlegen. Wir wünschen den Sieg der Gewerkschaften nach Berlin. Kollege Riedel wünscht endgültige Entscheidung hier auf dem Verbandstage. Er will

aber die Zugeständnisse bei den Verschmelzungsverhandlungen befehlen. Die Bundesleitung kann soweitgehend allein nicht entscheiden. Wird unsere Resolution abgelehnt, muß der Bundestag einberufen werden, der eine andere Zusammenlegung hat als der Verbandstag und gemeinsame Information der Delegierten ermöglicht. Die Resolution, die vom Kollegen Kohl begründet wurde, können wir nicht annehmen.

Brey-Hauptvorstand, wendet sich in seinem Schlusswort gegen die Bestrebungen, daß versucht worden ist, eine Resolution der Parteiminderheit vorzulegen, in der der Reichstagsfraktion politische Maxime gegeben werden sollte. Das geht nicht an. Wenn schon der Sozialdemokratische Parteitag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion keine bestimmten Weisungen in der Haltung zur Regierung Brünning gab, so können wir das erst recht nicht.

Ob mit der Politik der Notverordnungen aufgehört werden muß, können auch wir nicht entscheiden. Es ist müßig und unnützlich, Korrekturen am Laufe der Weltgeschichte vornehmen zu wollen, deshalb hat es auch keinen Zweck, etwa begangene Fehler nun nach Jahren korrigieren zu wollen.

Wir können nicht hinter die politische Grenze gucken, das muß die Partei tun und der KPD. An der Notverordnung haben wir nicht mitgewirkt, wir haben sie nicht beschlossen und nicht erlassen. Wir fügen am besten noch unserer Entschliebung bei, daß wir gegen die Notverordnung Protest erheben. Nationalsozialistischen und stahlhelmischen Betriebszellenorganisationen gegenüber wird die Arbeiterschaft ein wachsendes Auge haben. Die Arbeiterschaft läßt sich vom abgetakelten Prinzen, arbeitslosen Offizieren, Gelehrten und Funkern nicht ins Verderben führen. Die deutsche Arbeiterschaft, die als die intelligenteste der Welt bezeichnet wird, begnügt sich nicht mit einer Menschenbröckle in der Wirtschaft. Der moderne Arbeiter will in Staat, Politik und Wirtschaft mitbestimmen sein. Ebenso wie die Einflüsse von rechts, lehnt die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft auch jene von links ab. Sie läßt sich von Unorganisierten nicht in ihre Politik und Taktik hineinreden.

Nach dem Schlusswort des Kollegen Brey werden die zu den Tätigkeitsberichten vorliegenden Entschliebungen und Anträge durch Abstimmung erledigt.

Die wichtigste Entschliebung ist die zum Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der 17. ordentliche Verbandstag erklärt, daß trotz Wirtschaftskrise und der daraus entspringenden Massenarbeitslosigkeit die Organisation in der Lage gewesen ist, den Lohnabbau einzudämmen. Die Abwehr des Lohnbruchs hätte noch wirksamer sein können, wenn die Arbeiterschaft nicht der Spaltung unterlegen wäre.

Eine wirksamere Vertretung der Rechte und Interessen der Kolleginnen und Kollegen erfordert eine einheitliche, geschlossene Organisation.

Die Gleichgültigen und die organisationsfeindlich Gesinnten, blaue, gelbe und „rote“ Spalter, die zwar die Früchte der Organisationsarbeit genießen, die Organisation aber zu einer Taktik veranlassen wollen, mit der sie im eigenen Lager nicht nur Mißerfolge, sondern Schädigungen der Arbeiter herbeiführen, sind als Feinde und Verräter der Arbeiterklasse zu brandmarken.

Der Verbandstag betätigt aufs neue, daß nach den Grundsätzen und Satzungen unseres Verbandes eine völlig gleichberechtigte Stellung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft anzustreben und für Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit zu kämpfen ist.

Diese Ziele sind durch den Machtverlust des Verbandes aber auch den der gesamten gewerkschaftlichen Organisation allein nicht erreichbar. Der Verband muß mitwirken in der einigen, geschlossenen Arbeiterklasse und deren politischer Vertretung in Reich, Ländern und Gemeinden zur Vertretung der von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen bekannt, während die kommunistischen Fraktionen diese Forderungen in der Regel niederstimmten. Der Verbandstag erklärt es daher den Grundsätzen des Verbandes entsprechend, daß er im Wahlkampf uestelle, finanzielle und tätige Unterstützung der Sozialdemokratie leistet hat.

Der Verbandstag erblüht in der jetzt von den Vertretern der bürgerlichen Parteien betriebenen Wirtschafts-, Zoll-, Finanz- und Sozialpolitik eine Schädigung der Interessen der Arbeiterklasse. Diese Politik führt weder zur Arbeitsbeschaffung noch zur Belebung der Wirtschaft. Diese Sozialpolitik und diese sozialpolitischen Maßnahmen führen vielmehr zur weiteren Entwertung der Kaufkraft und zum Niedergang des Wirtschaftslebens.

Die Leistungen der Sozialversicherung sind über das zulässige Maß hinaus eingeschränkt. Trotzdem treten neue Gefahren der Einströmungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, der Unfall- und der Invalidenversicherung auf. Vor Änderungen zu Lasten der Arbeiter, Lohn- und Gehaltsempfänger kann der Verbandstag nur dringend warnen. Nicht Abbau sondern Ausbau der Sozialversicherung ist geboten.

Die Weltwirtschaft wurde durch die Auswirkungen des Weltkrieges sehr empfindlich gestört. Die herrschenden Wirtschaftskrisen haben nicht vernachlässigt, diese Kriegsfolge zu beheben. Die Arbeiterklasse hat darunter am meisten zu leiden. Vermehrt hat der Kapitalismus das Uebel und damit die Notlage der Arbeiterschaft noch durch eine nur dem Unternehmer zum Vorteil gereichende Nationalisierung und Technisierung. Millionen nur teilweise Beschäftigte und Millionen Arbeitslose sind die direkten Opfer. Ihnen nach Möglichkeit zu helfen, ist unser Wille.

Der Schicksal der Arbeitslosen macht die Umorganisation und Neuorganisation der Kriegsfürsorge und der gemeindlichen Wohlfahrtsunterstützung dringend notwendig, deren Leistung auf das Reich zu übernehmen sind.

Die Sorge für die Arbeiter, die, wenn sie entlassen werden, jahrelang oder überhaupt nicht Arbeit finden, macht es erforderlich, daß durch gezielte Arbeitszeitverlängerung Arbeitsplätze freigemacht werden.

Der Verband hält die Schaffung eines sozialen, einheitlichen Rechts nach der Verfassung (Art. 157-165) für erforderlich; ferner den Ausbau der Arbeitsrechtspflege und die Verbesserung der Versicherten in der Invalidenversicherung. Vereinheitlichung und Vereinfachung der Sozialversicherung ist anzustreben; desgleichen Ausbau des Arbeiterrechtes und insbesondere verstärkter strafrechtlicher Schutz gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft; weitere und sichere Erfassung der Berufskrankheiten als Unfallfolgen; wirksamer Heimarbeiterschutz.

Mit den Beschlüssen, vorstehende Maßnahmen zu fördern und die Arbeiter vor Gewalttaten der Regierung zu bewahren, wird der Verband seinen organisatorischen Aufgaben gerecht und fördert damit die Vertretung der Arbeiterklasse.

Der Verbandstag erhebt gegen die Notverordnung Protest und tritt der Entschliebung des Hauptvorstandes vom 20. Juni bei.

Diese Resolution fand gegen zwei Stimmen Annahme.

Vertrauensumgebung für den Verbandsvorstand

Gegen nur zwei Stimmen nimmt der Verbandstag folgende Entschliebung an:

Der Verbandstag nimmt die Berichte der Verbandsleitung einschließlich Massenführung, Redaktion und Keramischer Bund entgegen. Er erkennt diese Tätigkeit und Bemühung an, hofft auf Befestigung und Ueberwindung aller heute auftretenden Widerstände und glaubt dadurch auch wieder größere Erfolge für die Mitgliedschaft und das arbeitende Volk zu erlangen.

Er spricht der Verbandsleitung Vertrauen und Entlastung aus.

Kollege Thiemig dankt im Namen der bezeichneten Verbandsstellen für die Vertrauensumgebung.

Gegen eine starke Minderheit wird noch die Entschliebung des Hauptvorstandes und Keramischen Bundes angenommen.

Verbandsvorstand und Zeitung des Keramischen Bundes erklären: Die Verschmelzung hat sich bewährt. Die Zusammenarbeit ist so gut wie reibungslos. Das Verhältnis ist seit dem letzten Verbandstag noch inniger geworden. Kleinere Meinungen, die sich hier und da zeigten, wurden in friedfertiger und kollegialer Weise behoben. Insbesondere kann festgestellt werden, daß sich der Geschäftsverkehr zwischen Vorstand und Bundesleitung gut einstellt. Auch die beiden Redaktionen stehen in guter Verbindung miteinander. Es kann deshalb erneut die Verschmelzung als ein sehr hoch zu schätzender Erfolg bezeichnet werden.

In gemeinsamer Beratung haben der Verbandsvorstand und die Bundesleitung erörtert, welche Notwendigkeiten und Möglichkeiten gegeben sind, eine noch engere Verbindung mit der Ziel weiterer Vorteile für die Organisation und Verbilligung der Verwaltung und der Zeitungen zu erreichen. Eingeklärt wurde dabei auch untersucht, welche Möglichkeiten für eine Zusammenlegung der beiden Büros und der Redaktionen, sowie für die Vereinheitlichung der beiden Verbandszeitungen bestehen.

Einmütigkeit besteht darin, daß bei einer Zusammenlegung der Büros des Hauptvorstandes und des Keramischen Bundes an einem Ort die Zusammenfassung in einem Gebäude selbstverständlich ist. Dabei würden sich Vereinfachungen in der Geschäftsführung und in der Erledigung der Aufgaben ergeben. Die Redaktionen und die Expeditionen der beiden Verbandszeitungen könnten zusammengelegt und auch der Inhalt der Zeitungen weitgehend vereinheitlicht werden.

Wenn auch in objektiver Würdigung aller Umstände mit weitreichenden Änderungen und großen Verbilligungen nicht zu rechnen ist, hält es der Hauptvorstand und die Bundesleitung doch für selbstverständlich, daß unter Berücksichtigung der in den Sonderstatut niedergelegten Vereinbarungen alle vertretbaren Möglichkeiten zur Vereinfachung und Verbilligung wahrgenommen werden. Sie werden deshalb auch künftig in gemeinsamer Beratung und Verständigung dieses Ziel anstreben. Darüber hinaus werden sie die Bestimmungen des Sonderstatuts selbst überprüfen, um festzustellen, ob die einzelnen Bestimmungen noch zweckdienlich sind.

Dagegen gegen eine Minderheit die Entschliebung des Hauptvorstandes und Zeitung des Keramischen Bundes

werden vom Verbandstag beauftragt, alsbald Verhandlungen aufzunehmen, welche die Zusammenlegung der beiden Verbandszeitungen bezwecken und herbeiführen.

Die folgende Entschliebung wird gegen drei Stimmen angenommen.

In Anbetracht der großen, finanziellen Notlage, in der sich eine große Anzahl von Zahlstellen befindet, wird der Vorstand beauftragt, während des Verbandstages mit den Vertretern der Zahlstellen, die über einen Kassenbestand von 10 RM pro Mitglied und mehr verfügen, in Verbindung und Verhandlung zu treten mit dem Ziel, finanzarmen Zahlstellen eine geldliche Beihilfe zu gewähren.

Für den Fall, daß diese Verhandlungen wider Erwarten den gewünschten Erfolg nicht haben sollten, würde der Vorstand und die Statutenberatungskommission die Anträge auf Herabsetzung der Anteile dem Verbandstag zur Entscheidung vorlegen und deren Annahme empfehlen.

Leipzig: Der 17. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands beauftragt den Hauptvorstand, beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dahin zu wirken, daß derselbe gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei Stellung nimmt zur Abänderung der Gewerbeordnung. Im § 123 ist Ziffer 8 zu streichen und in § 133 h an Stelle 20 Beschäftigte 10 Beschäftigte zu setzen.

Darmstadt: Der Verbandstag möge den Hauptvorstand beauftragen, an zuständiger Stelle dafür einzutreten, daß Chinderkrankungen als Gewerbekrankheit anerkannt werden.

Waldburg: Der 17. Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, bei den zuständigen Behörden dahin zu wirken, daß auch die Berufskrankheit (Staublunge) bei Arbeitern in Glasfabriken, Abteilung Poterie, als entschädigungspflichtige Berufskrankheit anerkannt wird.

Dsnabrück: Alle zwei Jahre sind vom Hauptvorstand neue Markenorten herauszugeben.

Kommunistische Verleumder verurteilt

In „Keramischer Bund“ Nr. 22 berichteten wir über die Verleumdung der „Roten Fahne“, in der behauptet wurde, der Fabrikarbeiterverband habe im Aufsichtsrat der F. G. Farben-Zubehöre und bezöge 65 000 Reichsmark.

Mehrere KPD-Zeitungen haben diese Verleumdungen in der verschiedensten Form wiederholt, so auch die kommunistische „Neue Arbeiter-Zeitung“ in Hannover.

Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Thiemig, und unser Gauleiter, Kollege Brunns, Frankfurt/Main, klagen gegen den verantwortlichen Redakteur wegen verleumderischer Verleumdung.

Am 1. Juli d. J. wurde der Redakteur Adhosen, ein Sitzredakteur der KPD, wegen übler Nachrede zu 50 Reichsmark Geldstrafe oder fünf Tage Gefängnis verurteilt. Dem Urteil dieses auf Kosten des Verleumders im „Volkswillen“ und in der KPD zu veröffentlichen.

Schüchterne Versuche, durch Reuenerkennung den Wahrheitsbeweis zu führen, übergang das Gericht, weil bei dem Angeklagten die Absicht bestand, erst die Grundlage für die Behauptung zu schaffen, statt den Beweis für die Richtigkeit der Behauptung anzutreten.

Der Verleumdungsprozeß gegen die „Rote Fahne“ und gegen einige andere kommunistische Zeitungen wegen der gleichen Sache schweben noch.

Der Ausgang des Prozesses beweist, daß von der KPD und KPD bewußte Unwahrheiten behauptet werden, um die Gewerkschaftsbewegung und ihre Vertreter zu verleumden und um dem Endzweck zu dienen, Spaltung herbeiführen und den Fabrikarbeiter-Verband zu schwächen. Das ist Zweck und Absicht dieser „Arbeiter-Vertreter“.

Joh. Forthuber 25 Jahre Angestellter



Wochen lang Unterstützung, ohne bezugsberechtigt zu sein. Nach dem Streik gingen die neu eingetretenen Mitglieder ver-

Am 1. Juli 1906 trat Kollege Johannes Forthuber sein Amt als Geschäftsführer unserer Zahlstelle Mannheim an. Es war für ihn kein leichter Anfang, da kurz zuvor der recht übel ausgegangene Streik in der Rheinischen Gummi- und Gummifabrik stattgefunden hatte. Trotz des schlechten Organisationsverhältnisses der Arbeiterchaft der Rheinischen Gummiwerke wurde, wie üblich, dem Verband am verlorenen Streik die Schuld beigemessen; waren doch von 4200 Arbeitern und Arbeiterinnen ganze 198 erst drei Monate lang Mitglieder des Verbandes. Ein Teil ließ sich erst bei Beginn des Streiks aufnehmen und bezog acht Wochen lang Unterstützung, ohne bezugsberechtigt zu sein. Nach dem Streik gingen die neu eingetretenen Mitglieder ver-

loren, und so war es erklärlich, wie schwer die Werbeagitation für den Kollegen Forthuber war.

Der Streik in den Strelbenwerken 1908, an dem der Fabrikarbeiterverband ebenfalls stark beteiligt war, und der Kampf mit den Syndikalisten (auch Lokalkisten genannt) waren ebenfalls Belastungsproben für Johannes, die zu überwinden keine leichte Aufgabe waren. Aber unser Johann hat es geschafft, und es kann gesagt werden, daß die Zahlstelle Mannheim im Verband immer ein gutes, vollwertiges Glied gewesen ist.

Schon als ganz junges Mitglied in der Zahlstelle Frankenthal fiel der Jubilar auf. Vorsichtig abwägend, wenn es galt, Entscheidungen zu treffen, fest und hart im Willen und Wollen, zäh und ausdauernd in der Verfolgung eines Zieles, unerschütterliche Treue, das ist Johannes Forthuber. Wer ihn zum Freunde hat, weiß, er kann auf ihn bauen.

Der aufopfernde Arbeitswille und der trockene Humor, den Johann besitzt, hat ihm über manche schwere Situation hinweggeholfen, und die Zuneigung der Mitgliedschaft ist ihm in seinen 25 Jahren nie verloren gegangen. Der Krieg, der auch an seiner Gesundheit nicht spurlos vorübergegangen ist, hat nicht vermocht, seinen prächtigen Optimismus in der Gewerkschaftsarbeit zu hemmen.

Wäge Kollege Forthuber noch viele Jahre in seinem Wirkungskreis erfolgreich tätig sein! Das wünscht ihm die Mitgliedschaft der Zahlstelle Mannheim des Fabrikarbeiterverbandes. (Diesem Wunsche schließt sich der Hauptvorstand von ganzem Herzen an.)

die doppelten Beden, den neuen Ein- und Auszugsmaschinen usw. wird das Personal auf die Hälfte herabgesetzt und muß wöchentlich zwei Tage ausbleiben.

Die mechanische Weichholzlackhütte von S o i g n i e z, die mit amerikanischem Kapital errichtet wurde, ersetzt mit einer Maschine und 12 Arbeitern 35 000 Gläser in 21 Stunden. Es besteht die Absicht, vier oder fünf solcher Maschinen aufzustellen.

Löhne. Für die Fensterglashütten gelang es den Arbeitern, die Ernennung einer Kommission durchzusetzen, die die Löhne bis Ende August stabilisiert hat. Diese Kommission wird erneut in der zweiten Hälfte des Monats Juli zusammentreten, um über die Eventualität einer Abänderung der Löhne zu beraten, entweder für eine Erhöhung, im Falle die Lebenskosten gestiegen sind, oder für eine Reduzierung, falls die Industrie die Verkaufspreise herabsetzen muß. Den Arbeitern wurde die offizielle Kontrolle dieser Preise zugesprochen.

In der Finanzpresse erscheinen gegenwärtig Artikel, aus denen eine bevorstehende Offensive der Arbeitgeber gegen die Löhne zu entnehmen ist.

Pensionwesen. Bezüglich der Pensionierung im Alter von 55 Jahren, von deren Projekt wir schon gesprochen haben, ist ein Übereinkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern noch nicht verwirklicht. Die Arbeitgeber weigern sich, der Glasindustrie den Charakter einer gesundheitsgefährlichen Industrie zuzuerkennen. Es wurde beschlossen, durch die offiziellen Äerate des Arbeitsministeriums eine Untersuchung vornehmen zu lassen. Diese Untersuchung zu verfolgen, wird sehr interessant sein, und wir werden ihr Ergebnis veröffentlichen.

Die Situation. Im allgemeinen ist die Lage der Glasindustrie unverändert. Es bleibt kein Land mehr von der Krise verschont. Immerhin werden am härtesten die Ausfuhrländer betroffen wie z. B. die Tschechoslowakei, wo man zu 50% der Produktionsfähigkeit arbeitet. In Deutschland erreicht die Produktion nur 40% der Leistungsfähigkeit. In Oesterreich hält die Krise an; es wird mit Unterbrechung und sehr eingeschränkt gearbeitet. Was Belgien anbelangt, geht aus den obenanführten Mitteilungen hervor, daß sich die Fensterglashütten immer in derselben verzweifeltsten Lage befinden, aus der sie sich vielleicht nicht mehr emporschreiben können. In der Weichholzlackbranche häufen sich die Vorräte auf.

In Frankreich hat sich der Rückgang verschärft, wodurch in den Flaschenglashütten weitere Arbeiter entlassen wurden; die alten Platonbetriebe werden mehr und mehr eingestell; die Weichholzlackbetriebe und Kristallbetriebe halten sich nur mit Mühe aufrecht; die Glashütte von V i a n n e, eine Spezialfabrik für Beleuchtungsglas, kennt nun Arbeitslosigkeit. Die Glashütte D o m e c in Bordeaux beschäftigt nur noch einen Teil der tschechischen Glasmacher; die Franzosen sind entlassen worden.

Die „Revue Belge des Industries du Verre“, die uns für gewisse Auskünfte als Informationsquelle dient, berichtet, daß in den Kristallglashütten und den Weichholzlackbetrieben in Holland die Kurzarbeit allgem. üblich ist. Infolge der Schutzpolitik einiger Staaten und zufolge der Krise hat das Maschinenkonjunktur einen Teil der Defen gelöst. Auch die Produktion von elektrischen Birnen mußte reduziert werden.

Aus diesen Ausführungen ist zu entnehmen, daß in allen Ländern dieselbe industrielle Notlage, daselbe Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Absatzmöglichkeiten, daselbe Bedürfnis nach Abhilfe herrscht. Jedermann weiß jedoch, daß die Abhilfe nicht in den durch die vertriebenen Staaten je nach ihrer Lage ergriffenen Maßnahmen Schutzpolitik und Reduzierung der Entstehungskosten durch den Faktor der Löhne zu finden ist. Die wahre Abhilfe liegt ausschließlich in der Umgestaltung der Weltwirtschaft; so schwer es auch sein mag, dies zu erreichen.

Tschechoslowakei. Aus Prag wird uns gemeldet: Demnächst wird eine neue tschechoslowakische Glühlampenfabrik ihre Produkte auf den Markt bringen. Es handelt sich um ein Unternehmen, welches die Firma Gebr. Stach in W a r e n b e r g bei Mähr. Ostrau baut. Zum Betrieb der Fabrik soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden, deren Hauptaktionär die Firma Stach selbst sein wird.

Polen. Aus Warschau wird uns gemeldet: Die Direktion der Glashütte J a w i e r c e hat allen Arbeitern gekündigt und die Wiederaufnahme der Arbeit unter der Bedingung angeboten, daß sie sich mit einer Lohnherabsetzung um 70 (siebzig) Prozent einverstanden erklären. Die Hüttenarbeiter haben diese Forderung natürlich kategorisch abgelehnt. Die Stimmung unter der Arbeiterchaft ist sehr gespannt.



Vor 26 Jahren

Nur zu oft hören wir, daß die Gewerkschaft keinen Schritt vorwärts macht und die neunmal Klagen kommen zu der Behauptung, daß an allem Schuld die „Bonzen“ die Schuld tragen. Sozialkrenslar, Stahlhelmer und Kommunisten überschlagen sich gegenseitig, um an Vorwürfen gegen die Gewerkschaftsbewegung sich zu überbieten. Wir wollen deshalb einmal an eine Zeit erinnern, als diese Leute noch nicht existierten und in der wir den Kampf gegen die Unterdrücker wie stets allein führten. An eine Zeit, die wir nicht wieder zurückwünschen, die aber zeigt, wie groß die Opfer waren, die damals die Kollegen für ihre Organisation brachten und trotzdem den Kampf führten, ohne die Verbandsleitung in irgendeiner Form zu beschimpfen.

Die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, vereint mit der Rücksichtslosigkeit der Industriellen, hatte der Organisation von 1901 bis 1905 sehr tiefe Wunden geschlagen. Der § 152 der Reichsgewerbeordnung gab der Arbeiterschaft das Recht, sich zu vereinigen, um behördliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Im § 153 waren sogar die Strafen angedroht, die den Industriellen treffen sollten, bei der Arbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechts hinderte. Trotz des für die Arbeiter bestehenden Rechts, trotz der angedrohten Strafen werden unsere Kollegen und auch die Arbeiter anderer Industriezweige entlassen, wenn sie es wagten, sich der Organisation anzuschließen, um ihre Rechte geltend zu machen. Wie schwer es uns gemacht wurde, die Organisation aufzubauen, wollen wir folgend schildern.

Einer der schärfsten Gegner unseres Verbandes war der Kommerzrat G e y e in Gerresheim. Durch ein besonderes Polizeistatut und einer in der Fabrik ständig untergebrachten Polizeistation war es ihm gelungen, die Arbeiter so einzuschüchtern, daß die meisten Kollegen die Organisation verlassen hatten. Die Wirtschaftskrise lastete wie ein Alp auf Deutschland und ein rücksichtslos geführter Arbeitsnachweis, der sich in der Hand der Industriellen befand, sorgte dafür, daß kein mißliebiger Arbeiter Arbeit fand. Der Arbeitsnachweis führte die schwarzen Listen mit der größten Rücksichtslosigkeit. In dieser ersten Zeit hatte man unsere Kollegen so fürchtbar eingeschüchtert, daß sie es nicht wagten, der Organisation die Treue zu wahren.

Die Werkwohnungen machten die Ueberwachung sehr leicht. Das Austragen der Verbandszeitungen, das Eintaschieren der Beiträge wie jede irgendwie geartete Tätigkeit für die Organisation wurden der Firma hinterbracht und die Entlassung folgte. Die Wohnungen waren in Gerresheim in einem besonderen Arbeiterviertel zusammengedrängt. An den Hausüren prangten große Hausnummern und das ganze Wohnviertel macht den Eindruck des Modernmäßigen. In diesen Wohnungen herrschte nicht nur das Freudelose, sondern auch das Denunziantentum ist dadurch erleichtert.

Das Arbeiten in drei Schichten führt die Arbeiter gleichfalls nicht zusammen, sondern trägt dazu bei, daß sie sich gegenseitig nicht kennen und mißtrauisch gegeneinander sind.

Der geringe Verdienst führte zur schlechten Ernährung. Das Denunziantentum zu Entlassungen, und die schlechten Wohnungen verschlimmerten die soziale Lage bis zur Unerträglichkeit. Unter diesen trostlosen Verhältnissen führte die Kollegenchaft ein Leben voller Verzweiflung und der überaus größte Teil der Kollegen war aus der Organisation ausgetreten und was noch schlimmer war, dem Alkohol verfallen. War die Arbeitslosigkeit beendet, dann ging wohl der größte Teil der Kollegen aus der Fabrik in die nahe gelegenen Wohnungen, aber ein anderer Teil ging in die Schnapskneipe. Das Lokal bursten sie in der schlechten Arbeitskleidung nicht betreten; so blieben sie dann auf dem Korridor stehen, reichten eine Weinflasche durch ein enges kleines Ausgabefenster, und wenn die Flasche gefüllt war, wanderte sie von Mund zu Mund bis der Fasel alle war, dann wurde zusammengezostert oder es wurde eine Kollege, der kreditfähig war, erfuhr, die Bürgschaft zu übernehmen und das Spiel wiederholte sich. Von der Arbeit ermattet, vom Fasel geschwächt, sind die Kollegen oft auf den Treppentritten eingeschlafen.

Wer wagte es unter diesen Umständen von schneller und erfolgreicher Agitationsarbeit zu reden? Von den rund 1400 Beschäftigten gehörten kaum 30 unserer Organisation an, die es aber nicht wagen durften, irgend welche Agitationsarbeit zu übernehmen. In wiederholten Sitzungen beschloß sich der Hauptvorstand des früheren Glasarbeiter-Verbandes mit dem Aufbau unserer Organisation und delegierte seinen V. s i d e n, den Kollegen G i r b i g nach Gerresheim. Ich will im Nachstehenden ganz kurz alle Schwierigkeiten des Aufbaues deshalb schildern, damit unsere jüngeren Kollegen diese kennen lernen und mit uns zu der Auffassung kommen, daß selbst unter den allerschwersten Verhältnissen der Aufbau der Gewerkschaft möglich ist.

Die noch bestehende Ortsverwaltung hatte ich nach Düsseldorf bestellt, um im Gewerkschaftshaus ungehindert mit den Kollegen zu sprechen. Trotzdem meine Ankunft geheim gehalten werden sollte, hatte die Firma dies erfahren und einen Spitzel entsandt, der aber in eine Sitzung der G. V. geraten und kurzer Hand rücksichtslos an die frische Luft befördert wurde.

Wir blieben unbeschadet und beschloßen am anderen Abend eine weitere Sitzung in einem entlegenen Lokal in Gerresheim abzuhalten. Ich selbst ließ mich am Tag über nicht sehen, weil mich die Spitzel der Firma nicht mehr verlässen, daß Lokal besetzt und jeden Kollegen, der zu uns gekommen wäre, denun-

ziert und damit zur Entlassung gebracht hätten. Wir hatten Erfolg, es waren einige Kollegen erschienen und traten der Organisation bei. Dringend haben wir die Anwesenheit, für den nächsten Abend eine weitere Versammlung zu besuchen und für guten Besuch zu sorgen. Wir hatten Erfolg. Der dritte Abend brachte uns einen Besuch, wie wir ihn nicht erwarteten. Alle Kollegen schlossen sich der Organisation an. In den beiden Abenden hatten wir einen großen Erfolg. Die Spitzel der Firma waren unablässig tätig, hatten uns aber nicht ansäugig gemacht und so gewannen die Kollegen das Vertrauen. Der vierte Abend brachte uns den vollen Erfolg. Mehr wie 200 Kollegen hatten diese Versammlung besucht. Mich selbst hatte das Verhängnis ereilt. Als ich zur Versammlung gehen wollte, hatten mich die Spitzel der Firma ertappt und am ganzen Abend trotz aller Querehrien nicht mehr verlassen. Wäre ich in die Versammlung gegangen, die Spitzel hätten die in der Versammlung anwesenden Kollegen denunziert, zahlreiche Entlassungen wären die Folge gewesen und unsere aufblühende Organisation hätte einen empfindlichen Schlag erlitten. So zog ich es vor, mich den ganzen Abend auf die Strassenbahn zu setzen, um an einem andern Ort Logis zu nehmen. Verfolgt wurde ich aber von den Spitzeln nicht nur ohne jede Unterbrechung, sondern auch am andern Morgen, als ich nach Gerresheim zurückkehrte, wurde ich von dieser elenden Spitzelgesellschaft empfangen und begleitet. Ich erfuhr, daß die Versammlung am Abend vorher sehr gut besucht war, und daß das Meicrat ein anderer Kollege übernommen hatte und der Erfolg ein sehr guter war. Da die Spitzel jetzt ihre Tätigkeit nicht aufgegeben hätten, riefte ich nach Berlin zurück und hatte die Gewißheit, daß trotz aller Hindernisse die Kollegenchaft für uns gewonnen war.

G i r b i g.

Bericht des Internationalen Sekretariats

Belgien. In der Situation der Fensterglashütten ist keine Besserung eingetreten; die Betriebe Fourcault beschränken sich auf 8 Defen. Die Produktion wird abgelehnt, und man nimmt vom Vorrat.

Indessen ist ein Ereignis zu verzeichnen: die neuerliche Bildung eines Truiss zwischen der Ges. Ribbey-Owens und den Spiegelglashütten von Moustier, Flaesse und Charleroi. Andererseits existieren noch die Glashütten von St. Roch, die in den Glashütten Fourcault bedeutende Kapitalien haben.

Es wird wohl zu einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen kommen.

Die Spiegelglasindustrie ist im Rückgang. Ihre Produktion wird immer mehr von den Fensterglasmachern besorgt und die Rationalisierung macht weitere Fortschritte. Durch



Schiedspruch von Hamburg ist Vertrag

Durch die Annahme des Schiedspruches vom 30. Juni 1931 von der durch Verbandsratsdelegierte erweiterten Tarifkommission und auch durch die Arbeitgeber ist wieder ein Tarif für die feinkeramische Industrie geschaffen worden. Der Schiedspruch ist alles andere als arbeiterfreundlich, ja, man kann sagen, er ist geradezu von einer erschreckenden Feindschaft gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen getragen. Der Schiedspruch enthält Bestimmungen, besonders in der Frage der Stückpreissetzung, die sich kaum noch, mit dem Gedanken des kollektiven Arbeitsrechtes vereinen lassen. Rücksichtslos in Hamburg konnte die Notlage der Porzellan- und Steingutarbeiter nicht ausgenutzt werden, um einen Vertrag festzulegen, der dem Bestreben der Unternehmer, wie in der Kriegszeit wieder Herr im Hause zu sein, so weitgehend Rechnung trägt. Zur Begründung dieses Machwerkes ist die Notlage der Industrie in allen Tonarten gejunen worden. Die in so hohem Ausmaß wie nie dagewesene Arbeitslosigkeit, die teilweise schon jahrelange Kurzarbeit, die Stilllegungen, die Konkurse, das allgemeine Betriebssterben in Thüringen und in der Steingutindustrie in den letzten Jahren, sind von den Herren Unternehmern in die Waagschale geworfen worden und haben schwer zu ihren Guntzen gewogen. Injere Beweise dafür, wie manche Unternehmer durch Kapitalfehlleitungen, Unfähigkeit, mangelnde Anpassungsfähigkeit an die besondern Verhältnisse der Gegenwart, haben keine oder wenig Würdigung gefunden. Daß die Unternehmer in den verfloßenen Jahren und Monaten die Arbeiterschaft schon unter einen ungeheuren Druck gestellt haben, daß sie durch die Drohung mit Stilllegung und vorübergehender Durchführung der Stilllegung der Betriebe und Wiedereröffnung mit stark herabgesetzten Löhnen schon erhebliche Erleichterungen bekommen haben, ist alles in der Entscheidung des Schiedsgerichts in Hamburg unberücksichtigt geblieben. Der Vertrag sollte und mußte „aufgedrückt“, d. h. zugunsten der vielbesprochenen „Erweiterung

des Direktionsrechts“ der Unternehmer abgeändert werden. Der Schiedspruch stellt also in allen seinen Auswirkungen eine kaum tragbare Zumutung an die Arbeiterschaft dar.

Und trotzdem ist er von der Tarifkommission angenommen worden. Die Frage: „Warum?“, muß die Antwort finden, daß wir in den heutigen Zeiten, bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage, unsere Kollegen nicht ohne Vertrag lassen können. Die Unternehmer würden zweifellos — wenn auch nicht überall — die Arbeiterschaft dafür büßen lassen, und obendrein hätten sie noch zu den Arbeitern in den Betrieben gesagt: „bedankt euch für den vertragslosen Zustand bei eurer Verbandsleitung“. Die schon jetzt in krasser Form vorhandene Konkurrenz der Betriebe untereinander wäre noch schlimmer geworden und auf dem Rücken der Arbeiter ausgegert worden. Nun müssen alle Unternehmer sich wieder an den Vertrag halten. Ihrer bis zuletzt ausgeprochenen Auffassung, daß der tariflose Zustand jetzt für die Industrie notwendig sei, ist nicht Rechnung getragen worden.

Es ist ihnen nicht möglich, unter Hinweis auf den vertragslosen Zustand ihre Abnahmemaßnahmen ungehindert durchzuführen. Gewiß ist der Klaub nicht nur durch die schon bestehende Kürzungsmöglichkeit, sondern erst recht durch das „Notabkommen“ in beinahe unerträglich Weise herabgedrückt worden. Aber überhaupt kein Vertrag hätte gar keinen rechtlichen Klaubanspruch bedeutet. Niemand kann sagen, wie die Bestimmungen über die Stückpreissetzung, über den Klaub, die Ortsklasseneinteilung, die Arbeitszeit und aller übrigen im Vertrag geregelten Arbeitsbedingungen bei Neuabgabe eines Vertrages nach langem tariflosen Zustand ausgegeben hätten. Die Spuren in anderen Industrien schreden. Gewiß waren die Kollegen bereit, die Unternehmerabsichten mit allen Mitteln abzuwehren. Der Erfolg wäre in Anbetracht der wahnwitzigen Krise aber recht zweifelhaft gewesen.

Diese Darlegungen werden genügen den Kollegen und Kollegen, die ihren Wirklichkeitsinn bewahrt haben, die Ent-

Scheidung der Tarifkommission, die im Einverständnis mit dem Hauptvorstand und der Bundesleitung des keramischen Bundes getroffen ist, verständlich zu machen. Nun gilt es, dem schlichten Schiedsgericht im Betriebe lebendigen Inhalt zu geben. Das kann nur darin geschehen, wenn die Funktionäre des Verbandes, die Preis-Kommissionen und Arbeiterräte nach wie vor — auch in Krisenzeiten — die geschlossene organisierte Delegation hinter sich haben. Wie war es notwendig, diese Geschlossenheit zu bewahren, als in der gegenwärtigen, für die Arbeiterklasse so schweren Zeit, es wäre die größte Verleumdung an der Arbeiterklasse, bei der jetzigen Situation das Vertrauen zu erschüttern. Gerade in dieser Zeit der rücksichtslosen Ausnutzung der Notlage der Arbeiter durch den Unternehmer muß auch den Unorganisierten nachdrücklich eingepreßt werden, daß sie von den Unternehmern nichts zu erwarten haben, und nur die gewerkschaftliche Organisation ihnen Rückhalt sein kann. Nach dieser wirtschaftlichen Notlage kommt auch wieder ein Auftrieb.

Porzellan- und Steingutarbeiter. sorgt dafür, daß durch Geschlossenheit und Einheitsfront den Unternehmern der feinkeramischen Industrie der Anteil am Arbeitsertrag abgezogen werden kann, auf den die emsige und intelligente Arbeiterklasse dieser Industrie Anspruch erheben kann.

Spechtsbrunn

Quarzitreibende Zustände scheinen sich in der Spechtsbrunner Porzellanfabrik G.m.b.H. im Laufe der Zeit entwickelt zu haben. Was in diesem Betrieb in den letzten Monaten an unzulässiger Überzeitarbeit geleistet worden ist, spottet aller Beschreibung. Nicht nur daß die Arbeiterinnen täglich zwei und mehr Überstunden arbeiteten, sie bekamen obendrein auch noch Heimarbeit mit nach Hause. Daß Überstundenzuschläge nicht gezahlt wurden, versteht sich am Parade. Daß im übrigen die Stücklöhne in diesem Betrieb jammervoll sein müssen, dürfte sich ohne weiteres aus der langen Arbeitszeit und der Heimarbeit ergeben. Als vor einigen Monaten einige Porzellanarbeiter von auswärts den Betrieb in bezug auf die unzulässige Überzeitarbeit beobachteten, konnte festgestellt werden, daß ca. 2 Stunden nach Beendigung der offiziellen Arbeitszeit eine Anzahl Arbeiterinnen noch flott im Betrieb arbeiteten, und als sie sich dann beoaguet fühlten, über die anliegenden Aeder und Wiesen hinweg den Betrieb in Eile verließen. Einige Wochen wurde dann die Arbeitszeit so annähernd eingehalten. In den letzten Wochen wurden jedoch erneut Bestimmungen gemacht werden, daß die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung ebenfalls wieder übertreten werden. Uns scheint, als ob Gewerkschaft und Staatsanwaltschaft diese Übertretungen nicht zu meistern vermögen. Selbst in der Spechtsbrunn stationierte Feldjäger scheint diese Gesetzesverletzungen auch nicht wahrzunehmen. Vielleicht gibt ihm seine vorgegebene Funktion nachdrücklichere Weisungen, daß er solche öffentlichen und leichtwahrnehmbare Gesetzesübertretungen zu verfolgen hat. — Für die Kenner der inneren Zusammenhänge eines solchen

Betriebes, der nur mit langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen seine Existenz alaubt erhalten zu können, ergibt sich stets die Gewißheit, daß eine solche Wunde auf dem letzten Loch preißt. Es ist eine allgemeine Erscheinung in der thüringischen Porzellanindustrie, daß Betriebe, die zu langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen ihre Zukunft genommen haben, regelrecht in Konkurs gingen oder sich in anderer Weise finanziell erledigten. Es gibt übrigens Fabrikanten in der nächsten Nähe von Spechtsbrunn, die wahrhaftig mit Recht behaupten, daß die Betriebsleitung in Spechtsbrunn fürchterliche Schleudertourneure treibt. Alle diese Umstände mögen vor einiger Zeit ein für diese Gegend maßgebendes Geldinstitut veranlaßt haben, Kredite nicht zu gewähren. Ob der bekannte reiche Bauer in Spechtsbrunn, welcher vor einiger Zeit der G.m.b.H. finanziell wieder beigeprungen sein soll, zu weiterem Überlaß gebracht wird, könnte uns eigentlich weniger interessieren. Wir sind aber nun einmal so veranlaßt, ihm nahezu legen, noch recht viel in den Betrieb hineinzustecken, ob und wie er es wieder herausbringen wird, geht uns ja nichts an.

Fraureuth

Die Gemeinde Fraureuth hat vom Amtsgericht Greiz auf ihr Gebot von 181 000 RM für die Porzellanfabrik Fraureuth den Zuschlag erhalten. Das Fabrikantenvesen der vor einigen Jahren in Konkurs geratenen Firma umfaßt eine Grundfläche von 78 000 Quadratmeter. Die ausgedehnten Fabrikgebäude haben neueste Tunnelöfen aufzuweisen. Zu dem von der Gemeinde Fraureuth ererbten Komplex gehören auch 13 Beamtenwohnhäuser. Der Wert des Unternehmens war nach dem Zusammenbruch der Firma auf rund 3,5 Mill. RM taxiert worden, aber ein Unternehmen, das nicht ausgenutzt wird, verliert bedeutend. Für die Gemeinde haben nicht die Tunnelöfen, sondern die Wohnhäuser und das Grundstück einigen Wert.

Meißen

Der Haushaltsausschuß B des sächsischen Landtags beschäftigte sich mit den Einstellungen im neuen Haushaltsplan für die Porzellanmanufaktur Meißen. Es ergab sich, daß in den letzten 7 Jahren nicht weniger als 7 1/2 Mill. RM neues Kapital in die Manufaktur hineingesteckt worden sind. Im neuen außerordentlichen Haushaltsplan werden 3 Mill. RM für die Manufaktur gefordert, die in der Hauptsache zur Abdeckung eines eingefrorenen Kredits der Sächsischen Staatsbank in Höhe von 2 1/2 Mill. RM dienen sollen. Die Porzellanmanufaktur erhält nur etwa eine halbe Mill. RM neue Betriebsmittel. Die Regierung vermochte keine Zusicherungen in bezug auf künftige Rentabilität zu geben, sondern sprach bloß die hope Hoffnung auf Besserung aus. Die vor einigen Monaten begonnene 20prozentige Herabsetzung der Preise für Porzellan hat eine Erhöhung des Absatzes zur Folge gehabt. Der Landtagsausschuß wünscht, daß diese Preisermäßigung, die bis 15. August befristet war, dauernd beibehalten werde. Die Einstellungen wurden dann bewilligt.

Verbindlich erklärt

Der Lohnvertrag für das Ziegeleigewerbe für Kolberg und Umgegend, der zwischen den Ziegeleibesitzern und dem Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Kolberg und Umgegend, abgeschlossen war, wurde von den Ziegeleibesitzern zum 31. März d. J. gekündigt. Eine Einigung konnte zwischen den Parteien nicht erzielt werden; deshalb wurde von den Vertretern des Verbandes der Fabrikarbeiter der Schlichtungsausschuß in Köslin angerufen. Der Schlichtungsausschuß hat in seiner Sitzung am 28. Mai d. J. den Lohn der Ziegeleiarbeiter von der laufenden Lohnwoche von 73 Pf. auf 69 Pf. und ab 1. Juli auf 67 Pf. herabgesetzt. Die Arbeitnehmer haben den Spruch des Schlichtungsausschusses angenommen; dagegen lehnten die Ziegeleibesitzer den Spruch ab. Die Vertreter der Arbeiterorganisation beantragten die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts beim Schlichter der Provinz Pommern in Stettin. Bei der Verhandlung vor dem Schlichter in Stettin wurde von den Vertretern der Ziegeleibesitzer ein Stundenlohn von 65 Pf. geboten, und der Schlichter empfahl deshalb nochmalige Verhandlung der bisherigen Vertragsparteien. Die nochmalige Verhandlung fand statt, und wurde ein Stundenlohn von 68 Pf. vereinbart. Von dieser Vereinbarung traten die Ziegeleibesitzer aber wieder zurück und lehnten auch den Abschluß eines Lohnvertrags ab. Das letzte Wort hatte danach der Schlichter. Am 25. Juni erklärte der Schlichter den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses für verbindlich. Der Spruch des Schlichters ist rechtsverbindlich für alle Ziegeleien für Kolberg und Umgegend, einschließlich der Ziegelei Amt Köslin. Sämtliche Ziegeleien sind mit Ausnahme einer seit einigen Wochen in Betrieb.

Lohnbewegung in der Ziegelindustrie Thüringens

Nach langen schwierigen Verhandlungen ist es nun endlich gelungen, die Lohnbewegungen im Bezirk Thüringen zu einem gewissen Ergebnis zu bringen. Am 29. und 30. Juni tagte in Erfurt die Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Herrn Ministerialrat Dr. Hauschild und fällte für die einzelnen Bezirke Sprüche, die die Tariflohnfrage im Durchschnitt um 5 Pf. gleich 8 Prozent pro Stunde herabsetzen. Für den Bezirk B e i h wird der Stundenlohn für ungelernete Arbeiter auf 73 Pf. festgesetzt. Die Manteltarifverträge wurden wieder in Kraft gesetzt, mit der Maßgabe, daß für das Jahr 1931 der Kampagneurlaub in Fortfall kommt und der Urlaub für Stammarbeiter um eine Staffel gekürzt wird. Auf Antrag der Gewerkschaften muß im Frühjahr 1932 innerhalb eines Monats über die Wiedereinführung des Kampagneurlaubs verhandelt werden.

Die Arbeitgeber haben mit allen Mitteln versucht, die Erledigung der Lohnbewegung zu verschleppen; sie werden auch weiterhin versuchen, die Ausführung, d. h. Zahlung der in den Sprüchen festgesetzten Lohnsätze und deren Verbindlichkeit zu sabotieren. Da aber selbst der Reichsstatler Brüning auf der Tagung der Baniers kürzlich erklärte, es müsse Schluß gemacht werden mit weiterem Lohnabbau, wollen wir hoffen, daß behördlicherseits diesem Vorgehen der Unternehmer ein Riegel vorgeschoben wird.

8 Prozent Lohnabbau ist eine starke Belastung der Arbeiterschaft, insbesondere wenn, wie in der Ziegelindustrie Thüringens, nur Lohnsätze von 80 bis 87 Pf. in Frage kommen. Es wird daher erwartet, daß dem Vorgehen der Unternehmer, durch Ausnutzung der wirtschaftlichen Not einseitig die Lohnsätze zu diktieren, ein Paroli geboten wird. Zu etwaigen Einwänden der Unternehmer, daß Lohnvereinbarungen mit den Belegschaften bestehen, muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß sie unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Machtstellung der Unternehmer bei 5 bis 6 Millionen Erwerbslosen einseitig vom Unternehmer festgesetzt worden sind. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft erwartet nach wie vor, daß mit den Gewerkschaften die Tarife geregelt werden.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß einige Unternehmer erklärten, ein Teil ihrer Belegschaften sei bei den Nationalsozialisten organisiert, und diese seien bereit, für 40 Pf. Stundenlohn zu arbeiten. Daß die Nationalsozialisten in politischer Beziehung als Mittel der Unternehmer auftreten, hat die Praxis gelehrt; nun wird auch der Arbeiterschaft wirtschaftlich demonstriert, was sie von diesen Unternehmern zu erwarten hat, wenn sie einmal zur Macht kämen.

Diese Lohnbewegung hat gelehrt, wie notwendig geschlossene gewerkschaftliche Organisationen zur Erhaltung eines bestimmten Lohnstandards und damit der Lebenshaltung der Arbeiterschaft sind. Mögen auch die Ziegeleiarbeiter Thüringens aus dieser Bewegung die notwendige Lehre ziehen und sich der gewerkschaftlichen Organisation, dem Fabrikarbeiterverband, Abt. Keramischer Bund, anschließen.

Die Arbeitszeit in den Ziegeleien

In früheren Jahrzehnten war in den Ziegeleien eine sehr lange Arbeitszeit üblich. Arbeitszeiten von täglich 13 bis 16 Stunden waren an der Tagesordnung. Erst allmählich gelang es den Gewerkschaften, die Arbeitszeit zu verkürzen. Auch in der Jetztzeit, wo Millionen Arbeitsloser auf der Straße liegen, verlangen Ziegeleibesitzer, eine längere Arbeitszeit als täglich 8 Stunden durchzusetzen. In zahlreichen Tarifgebieten mußten infolge der Kräfteverhältnisse die Gewerkschaften in der Arbeitszeitfrage Zugeständnisse machen. Finden wir doch, wenn wir die Tarifabstufungen in den einzelnen Gebieten näher betrachten, daß auch in diesem Jahre Mehrarbeitszeitabkommen zustande sind, trotzdem nach unserer Auffassung kein Anlaß dazu vorhanden war. Aber es gibt nun einmal Ziegeleibesitzer, die glauben, daß nur eine lange Arbeitszeit eine Minderung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen könne. Andererseits gibt es aber auch Besitzer, die sagen, unser Betrieb ist nicht einmal für die achtfünfstündige Arbeitszeit, geschweige denn für eine noch längere eingerichtet.

Bei den Tarifverhandlungen in diesem Frühjahr spielte in allen Tarifgebieten gerade die Regelung der Arbeitszeit eine große Rolle. Die Besitzer waren in der Begründung für die längere Arbeitszeit nicht verlegen. Alle die Gründe, die sie schon vor fünf und zehn Jahren ins Feld führten, mußten auch diesmal wieder herhalten. In den verflochtenen Jahren erklärten sie, daß besonders die Sommerziegeleien bei der kürzeren Arbeitszeit die benötigten Mengen Steine nicht fabrizieren könnten, und daß daher unbedingt die zehnfünfstündige Arbeitszeit notwendig sei. Als noch 16 Stunden gearbeitet und dann die Arbeitszeit auf 14 und später 12 Stunden herabgesetzt wurde, jammerten die Besitzer und sagten den Ruin der Ziegeleien voraus. Aber es zeigte sich, daß die Besitzer nicht zugrunde gingen, sondern es vorzuziehen, noch ganz gute Erträge zu er-



Der Ziegel stellt sich um

Die Erzeugnisse der Ziegelindustrie auf der Bau-Ausstellung

Die Rationalisierungsbestrebungen in der deutschen Wirtschaft, die schließlich — trotz aller Gegenwehr — auch die Bauindustrie erfaßten, haben hier selbst vor der Ziegelherstellung nicht Halt gemacht. Die Zeit des ehrwürdigen alten Ziegels wird mit ihren 7000 Jahren als lang genug erkannt. Die Ziegelindustrie bekennt sich durch die Art der auf der Bau-Ausstellung gezeigten Erzeugnisse zu dieser Ansicht: der alte Ziegel ist fast verschwunden. An seiner Stelle sind zahlreiche neue Formen geschaffen worden, die den veränderten Anforderungen besser entsprechen.

Zur Verminderung der Fugenanzahl und des Mörtelverbrauchs bringt die Ziegelindustrie größere Steine auf den Markt, deren Abmessungen ein Vielfaches des Reichsformats des Normalziegels (25x12x6,5 cm) ausmachen. Damit aber die großen Formate noch mit einer Hand gehoben werden können, mußte ihr Gewicht vermindert werden. Das geschah durch Anordnung von Hohlräumen, die den Ziegel überdies auch qualitativ verbessern, indem sie die Wärmeisolerfähigkeit wesentlich erhöhen.

Einer der ersten großformatigen Hochsteine war der Aristoziegel. Er wird in zwei Größen hergestellt, die dem doppelten bzw. vierfachen Format des Normalziegels entsprechen. Der Aristoziegel hat ein bzw. zwei große durchgehende Kanäle in der Längsrichtung und wird beim Verlegen mit einem besonders konstruierten Schließergriff erfaßt, dessen Gabeln in die Löcher gefaßt werden. Der große Aristoziegel ist etwa 10 kg schwer. Das Gewicht des Aristoziegelmauerwerks beträgt 1100 bis 1200 kg für den Raummeter, verhält sich also zu dem einer Normalziegelmauer gleicher Stärke wie 5:8. Die Wärmeisolation soll um 50 v. H. besser sein als beim Vollziegelmauerwerk, die Bauzeit um 50 v. H., die Austrocknungszeit um 50 v. H. kürzer.

Die genannten Untersuchungen des Einflusses von Luft Hohlräumen auf den Wärmeisolation sind im Institut für Schall- und Wärmeisolation der Technischen Hochschule Stuttgart systematisch durchgeführt worden. Ein Luft-Hohlraum von 0,5 cm Stärke entspricht in der Wärmeisolation einer Ziegelmauerstärke von 10 cm, der doppelte Luft-Hohlraum von 1,0 cm einer Ziegelmauerstärke von nur 13 cm. Das Maximum ergibt sich bei 4 cm entsprechend einer Wandstärke von 16 cm. Nimmt der Luft-Hohlraum weiter zu, so ergibt sich keine Steigerung der Wärmeisolation mehr, sie nimmt im Gegenteil sogar abwärts. Bei Anordnung mehrerer hintereinandergeschalteter Hohlräume addieren sich die Wirkungen.

Der Frevenziegel, dessen Format gleichfalls vier Normalziegel entspricht, besitzt vier wasserichte Luftkanäle. An der unteren Seite hat er zwei Fehern, die in entsprechende Abstände der darunterliegenden Ziegelschicht eingreifen; dadurch wird ein durchgehender Wasserweg verhindert, der darin besteht, daß die Feuchtigkeit durch den Mörtel hindurch geht und in die Fugenräume dringt. Der Frevenziegel ist einer starken Frevenziegelmauer ist der einer 30 cm starken Normalziegelmauer überlegen.

Die Deutsche Ziegel-Gesellschaft stellt eine Längsziegelplatte her, die bei der Zeit der Vermessung Doppelwände durch Platten in verschiedenartigem Verband miteinander verbunden eine Erhöhung der Wärme- und Schallisolation erzielt wird.

Der Aecho-Blockstein ist ein allseitig geschlossener Hohlstein von etwa doppeltem Ziegelformat mit einem einzigen Hohlraum; hinsichtlich der Wärmeisolation weist er also nicht die Vorteile der herkömmlichen Erzeugnisse aus. Es bleibt überdies abzuwarten, ob die während der Fabrikation in den Ziegel eingeschlossene Luft nicht gewisse bestimmte Spannungen im Material hinterläßt.

Der Einhandhohlziegel, der EH-Z-Stein, hat fünf geschlossene und eine offene Seite, mit der er auf das Mauerwerk gesetzt

wird. Durch zwei Rippen wird er in drei Hohlräume geteilt, die im fertigen Mauerwerk völlig geschlossen, ohne Verbindung mit den Hohlräumen der benachbarten Ziegel bleiben, was hinsichtlich der Schallisolation vorteilhaft ist. Der Verbrauch an Mörtel ist gegenüber normalem Ziegelmauerwerk durch Verminderung der Fugen um 30 v. H. ermäßigt. Die Ersparnisse an Löhnen betragen 25 v. H. bei einer Verkürzung der Bauzeit um etwa ein Drittel. Hinsichtlich des Wärmeisolation entspricht eine 25-cm-EH-Z-Mauer einer 38-cm-Normalziegelwand.

Eine Neuerung, die auf der Deutschen Bauausstellung erstmalig gezeigt wird, stellt der Wims-Schamottestein dar. Der zugrunde liegende Gedanke ist, beim Hochstein eine weitere Gewichtsverminderung durch Verwendung porösen Materials zu erzielen. Der Wims-Schamottestein wird aus hochwertigem Ton hergestellt, der mit Wimsand und Braunkohle vermengt in Formpressen zu fünfseitig geschlossenen Hohlblocksteinen gepreßt wird. Nach dem Trocknen wird der Stein im Tunnelofen gebrannt. Die Braunkohleteile brennen aus und hinterlassen Hohlräume, die den Wärmeisolation noch weiter steigern. Das Format des Wims-Schamottesteins entspricht etwa 4,5 Normalziegelsteinen und ist dennoch handlich; man kann den Stein, indem man von oben in die Löcher hineinfährt, mit einer Hand hochheben. Auch bei diesem Stein sind durchgehende Fugen vermieden, da, abgesehen vom Verband beim Mauern, eine vorhandene Feder und Nut ineinandergreifen.

Auf amerikanische Vorbilder geht der T-Stein zurück, der unter den japanisch klingenden Namen No-So und Mitoko auf der Bauausstellung gezeigt wird. Er ist, wie der Name schon andeutet, T-förmig und besteht im ganzen acht durchlaufende Hohlräume.

Einen beachtenswerten Beitrag zur Lösung der Aufgabe, einen großformatigen hochwertigen Ziegel herzustellen, liefern auch die Salzziegelwerke Carl Ludowici in Jockgrim, Rheinpfalz mit ihrem zum erstenmal auf der Deutschen Bauausstellung gezeigten Hohlziegel-Nationalstein. Er entspricht im Format drei hochkant stehenden Normalziegeln, von denen der mittlere um die Hälfte höher liegt und einen bequemen Handgriff beim Vermauern bildet. Der Stein weist in der Tiefe zehn runde durchgehende Hohlräume von etwa 1,0 cm Durchmesser auf. Durch die Anordnung der vielen Luft-Hohlräume wird der Ziegel sehr leicht geformt. Durch den Griff, der in die Nut des darüberliegenden Steines eingreift, sind die Mauersteine beim Mauern leicht zu verschieben, und es wird eine gute Verankerung bewirkt. In senkrechter Richtung, in der Fortsetzung der Stützen, sind Schrägen angeordnet, die es dem Mauerer ermöglichen, bei Bedarf den Stein in seine drei Normalformatbestandteile zu spalten. Diese Anordnung macht den Stein zur Skelettausföschung besonders geeignet, da besondere Systeme nicht erforderlich sind. Auf einen weiteren Vorteil der Schrägenanordnung sei noch hingewiesen: im Falle einer durch irgendwelche unvorhergesehene Zufälle im Mauerwerk eintretender einseitiger Seitenbelastung eines Steines bricht der Ziegel in der Schräg- oder Bruchfuge, die gewissermaßen ein Sicherheitsventil bedeutet und jedes durchgehende unangenehme Rauschen beim Setzen des Mauerwerks verhindert. Dieser Stein ermöglicht eine Verdreifachung der fünfjährigen Arbeitsleistung. Die Gesamtersparnis gegenüber der gewöhnlichen Ziegelmauer kann man mit etwa 25 bis 30 v. H. beziffern.

Die verhältnismäßig hohe Druckfestigkeit der verschiedenen Hohlziegelsteine entspricht durchaus den statischen Forderungen. Die neuen Ziegelformen werden sich sowohl zur Vermauerung in tragenden Wänden als auch zur Skelettausföschung neben den Leichtbetonplatten behaupten.

Dipl.-Ing. Emil Strakberg

ziefen. Als dann die Arbeitszeit von 12 Stunden auf 10 Stunden reduziert wurde, hörten wir wieder die gleichen Klagen...

Wurde früher noch sehr viel in Wochen- oder Tagelohn gearbeitet, so ging man in neuerer Zeit immer mehr zur Stunden- und Akkordarbeit über.

Da nun in diesem Frühjahr die Besitzer mit der Argumentation, daß nicht genügend Ware in den Sommermonaten hergestellt werden könnte, nicht durchdrangen...

Trotzdem gelang es in zahlreichen Tarifgebieten, das Mehrarbeitszeitabkommen zu beseitigen, also die achtfünfstündige Arbeitszeit einzuführen.

Aber es gibt immer noch Ziegeleibesitzer, die sich mit den gegebenen Verhältnissen nicht abfinden wollen, sondern jetzt die Gewerbeaufsichtsbehörde beschließen, für ihren Betrieb eine längere Arbeitszeit zuzulassen.

Schachoslowakei.

Reitungsmaßnahmen zufolge verringerte sich der Inlandsabtrieb der großkaramischen Industrie der Tschechoslowakei im Jahre 1930 wesentlich...

Burgfennis

Am 18. Juni vormittags wurde die Ton- und Steingutfabrik Burgfennis von einem Großfeuer heimgegesucht. Das ganze 2stöckige massive Hauptfabrikgebäude brannte innerhalb 1/2 Stunden bis auf die Grundmauern nieder.

Rückgängige Sementerzeugung in Kanada

Nach einer kürzlich erschienenen Veröffentlichung des kanadischen Bergwerksministeriums betrug die kanadische Erzeugung an Zement im Jahre 1930: 11.932.539 Faß im Werte von 17.818.451 Dollar...

Literarisches

Reisgeber für die Angestelltenversicherung von Rudolf Peters, Verwaltungsreferent a. D. der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Heft 2 von Werdelsch, Schillingschloß, 19. Auflage, 110-115. Tausend.

Freie Gewerkschaften und Bauausstellung. In dem vorliegenden Doppelheft 9/10 der „Wohnungs-Wirtschaft“ finden wir eine übersichtliche, von Laseplänen und Photographien unterstützte Beschreibung der „Deutschen Bauausstellung Berlin 1931“.

Kapitalistische Wirtschaftsarchitektur und Arbeiterklasse. Von Fritz Tarnow. Referat und Resolution auf dem Leipziger Parteitag der SPD. am 1. Juni 1931. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin. Preis 20 Pfennig. Umfang 32 Seiten.

„Helze wirtschaftlich in Otten und Herd“ betitelt sich zwei Hefte des Hauswirtschaftlichen Lehrdienstes des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit. Das Heft 4 behandelt die Kachelöfen und Kachelherde und Heft 5 die eisernen Öfen und eisernen Herde.

Die Arbeitslosigkeit und ihre Überwindung. Von A. Damaschke. Verlag von Reinmar Hobbler, Berlin, 80 Seiten, Preis 2 RM.

Der bekannte Bodenreformer Adolf Damaschke hat in dem Werkchen den Stoff in Briefform an einem jungen Staatsbürger behandelt und versucht von seinem Standpunkte aus, das Weltübel Arbeitslosigkeit zu überwinden.

Geschichte des Zentralverbandes der Maschinisten und Helzer sowie Berufsgenossen Deutschlands. 1. Band. Von Viktor Fr. Schredinger. Energie-Verlag G. m. b. H., Berlin (H. Klebe), Berlin SO 36, Skalitzer Straße 47/48.

Was da als Verbandsgeschichte bezeichnet ist, ist keine Verbandsgeschichte mehr, das ist eine umfangreiche übersichtliche und doch knappe Abhandlung über die Entwicklungsgeschichte der Kraftmaschine.

Ueber den eigentlichen technischen Inhalt des Buches kann man als Laie nicht urteilen, aber soweit eben der Laie von dem Buch berichten kann, so wird bestätigt, daß es jedem wissbegierigen Menschen sehr klaren Aufschluß über die Entwicklung der Kraftmaschine gibt.

Wenn es dem Verfasser gelingt, auch die eigentliche Berufs- und Verbandsgeschichte seiner Berufskollegen so interessant zu gestalten, dann vollbringt er als einer von der jüngeren Gewerkschaftsgeneration ein

Meisterwerk, das sich ebenbürtig neben die Werke der älteren Verbands-geschichtsschreiber stellen kann.

Das Jullheft der Bücherreihe Gutenberg beschäftigt sich mit den Neuerfindungen des 3. Quartals, unter denen besonders „Die Kluit“, ein Frauenroman von Ellen Wilkinson und ein neues Buch von Fredrik Parelius, „Friedlands Afrika“ und „Meine schwarze Legende“ auffallen.

Arbeitsmarkt

(Interate unter Chiffre werden nicht aufgenommen.)

„Jüngerer tüchtiger Formenmachegehilfe sucht zum sofortigen Anfang Stellung im In- oder Ausland.“ Angebote sind zu richten an: Bruno Schwebler, Poyerswerda, D.-L., Langestr. 4.

Perfekter lediger Einbohrer, speziell Bleifristallglas, sowie in allen Einbohrartikeln, hell und matt, und abvollieren, sucht Stellung für sofort oder später. Werte Zuschriften an den Fabrikarbeiterverband, Schulstr. 14 in Wernburg, Anhalt.



Zeitpunkt der Konzeption des Weibes

Es war vor allem Prof. Knauff, der auf Grund seiner Untersuchungen und Beobachtungen den Satz verfocht, daß die Empfängniszeit der Frau nur vom 11.—17. Tage nach der Periode stattfindet, daß die Frau also in den ersten 10 Tagen und vom 18. Tage an nach der Periode steril ist.

Die Zeit, welche die Spermatozoen brauchen, um zum Ort der Befruchtung im Eileiter zu gelangen, ist bei Menschen nur annähernd anzugeben. Beim Kaninchen fanden sich 2 1/2 Stunden nach der Begattung Spermatozoen im Eileiter.

Auch die Angaben über den Termin der Ovulation sind nicht einheitlich; die einen nennen den 18. und 19. Tag nach der Periode, andere den 8.—14., den 14.—16., 7.—11. usw.; es ist vom 2. bis 24. Tage nach der Periode jeder Tag vertreten.

Am häufigsten scheint die Ovulation zwischen dem 7. und 19. Tage zu liegen und das Optimum zwischen dem 11. und 16. Tage.

Die Befruchtungsfähigkeit des Eies hält wenige Stunden bis mehrere Tage an; ein Forscher nimmt sie bis zu vierzehn Tagen an.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß eine Befruchtung eigentlich zu jeder Zeit zwischen den Perioden erfolgen kann, vielleicht nur nicht wenige Tage vor der neuen Periode. Die Erfahrung bestätigt, daß eine Empfängnis am leichtesten nach der Menstruation eintritt.

Prof. Krüger beantwortet „auf Grund der bis jetzt bekannten wissenschaftlichen Ergebnisse und praktischen Erfahrungen“ die eingangs gestellten Fragen so:

„Eine Befruchtung ist an jedem Tag zwischen zwei Perioden möglich. — Die Ausichten für eine Befruchtung sind zu den verschiedenen Zeiten des Intermenstruums nicht gleich groß. Der günstigste Zeitpunkt für eine Befruchtung liegt nach der Menstruation, im Intervall und kurze Zeit nachher. Vom 19. Tag an sind die Ausichten auf Befruchtung viel geringer, in den letzten 4 Tagen vor der Menstruation müssen sie als minimal bezeichnet werden.“

Der Weg der Arbeiterfrauen

Es gibt in Deutschland 11,5 Millionen erwerbstätige Frauen. Davon sind über 3,5 Millionen Arbeiterinnen, die sich auf industrielle, landwirtschaftliche und sonstige Sparten verteilen. Ungerechnet die vielen Frauen, die als Angestellte oder Beamtinnen sich in verschiedene Berufsgruppen aufteilen.

Diese Millionenmassen von schwerarbeitenden und verhältnismäßig schlecht entlohnten Frauen haben somit ein gemeinsames und notwendiges politisches Interesse an der Gestaltung ihres Lohnes und ihrer Arbeitsbedingungen; sie führen einzeln und kollektiv einen schweren Kampf um ihren Lebensunterhalt. Diese arbeitenden Frauen und die Ehefrauen der Industriearbeiter, die die Sorgen des Proletarierlebens doppelt schwer tragen, müssen erkennen, daß sie ein großes, gemeinsames Schicksal verbindet, das Schicksal, an die Ketten der sozialen Abhängigkeit gefesselt zu sein.

Die Arbeiterinnen müssen sich der persönlichen Wille nun gegen alle Widerstände durchsetzen, sinn- und planlos sich in dem Erleben der Frau spiegeln würde. Das wäre reaktionär, es würde sich in keinem Grade von dem tyrannischen Willen der bürgerlichen Frau unterscheiden. Ein solches Verhalten würde dem, aller Arbeiter gemeinsamen Befreiungskampfe gar nicht dienen. Das Selbstbewußtsein, das jede Frau in Gemeinschaft mit dem geliebten Kameraden in sich entfaltet, wird und muß, kann nur dann fruchtbar auf das eigene gemeinsame Leben, auf den Aufstieg des wirtschaftlich und geistig geknechteten Proletariats wirken, wenn es in überlegten Forderungen mit dem Mann, dem Freund und Genossen auf ein Ziel gerichtet ist.

Unabhängige Frauen haben in der Befreiungsgeschichte der Menschheit eine heldenmütige Rolle gespielt. Tapfere und kluge Frauen des unterdrückten Proletariats sind aus tieferer Ueberzeugung und aus dem heißen Gefühl an den Sieg des Proletariats in den Seelen verendet. Wollten wir die heldenmütigen und tragischen Schicksale jener überzeugten Revolutionärinnen

schildern, wir müßten zahllose Bücherbände des proletarischen und menschlichen Leidens ausbreiten. Unbekannt und verschollen in dem Millionengefühl der proletarischen Masse, die ohne Ziel und Kampfwille für den großen sozialen Befreiungskampf dahinvegetieren. Doch klar und leuchtend sind die Erlebnisse und Handlungen dieser großen Heldinnen des Sozialismus in die Herzen und in die Hirne der ringenden proletarischen Klasse eingegraben.

An die Proletarierfrauen von heute und morgen sind große Aufgaben gestellt. Sie werden auf der Grundlage der heutigen politischen Kämpfe Baumeister an dem kommenden Gesicht des proletarischen Lebens und Erlebens sein. Wie dieses Gesicht der aufsteigenden proletarischen Klasse aussehen wird, ob es zersucht von täglichem Elend und tiefem menschlichen Leid, ob es bedroht sein wird von tausend grausamen Gefahren, die die kapitalistische Gesellschaft in sich birgt, oder ob dieses Gesicht des kämpfenden Proletariats, von dem Kraft und Selbstbewußtsein getrafft und von dem Tüchlein des kommenden Sieges, des Sozialismus überfunkt sein wird, daran werden die Proletarierfrauen und deren Kinder den härtesten Anteil tragen.

Wo fehlen die Frauen noch?

Die organisatorische Erfassung der Frauen ist in den verschiedenen Bezirken verschieden. Interessant ist eine Statistik über den Anteil, den die Frauen in den verschiedenen Gebieten in den Gewerkschaftsverbänden stellen. Eine Statistik über die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei zeigt, daß große Unterschiede in der organisatorischen Erfassung vorhanden sind. Es gibt Bezirke, in denen die Zahl der organisierten Frauen 2/3mal so groß ist wie in anderen.

Gesunden Schlaf erzielt man, wenn man nicht zu kurz vorm Schlafengehen ist und nicht „anregende“ Getränke, wie Kaffee, Tee, Bier, Wein kurz vorher trinkt. Doch auch hungrig soll man nicht zu Bett gehen. Man vermeide abends aufregende Unterhaltung und Reflektion, denke auch im Bett nicht über Pläne nach, die am nächsten Tage ausgeführt, erwäge nicht Geschäfte, die später erledigt werden sollen; ein Notizbuch behält das viel besser als das Gehirn.

An sonstigen Mitteln sind zu nennen: ein laues Bad oder eine laue Abreibung, zweifeln genügt auch ein heißes Fußbad. Ein nasser Widel am Unterhosenband kann nützlich sein: ein vollener Strumpf wird über den Fuß bis zum Knie angezogen, mit einem Schwamm vom Knöchel bis zum Knie gut durchfeuchtet — der Fuß bleibt frei — und dann wird ein trockener Strumpf darübergezogen, möglichst oben über den nassen reichend. Ferner eine Tasse Baldriantee oder, bei stärkerer Schlaflosigkeit, etwas Brom (Sedobrol ist ein angenehmes und nehmendes Mittel) oder auch hin und wieder ein leichtes Schlafmittel; das schadet weniger als Schlaflosigkeit.

